

# Ein Hauch von «Arena»

**LAUFEN** Zum vierten Mal in einer Woche kreuzten am Sonntag die sieben Kandidierenden für die zwei Zürcher Ständeratssitze die Klingen. Auf Einladung sämtlicher Weinländer Parteien kamen sie ins Schloss Laufen.

Der Sonntagmorgen begann wie der Freitagabend: Roger Köppel (SVP) nutzte eine Frage des Moderators zum Angriff auf die beiden bisherigen Zürcher Ständeräte Ruedi Noser (FDP) und Daniel Jositsch (SP). Wie in der SRF-«Arena» hielt er ihnen auf Schloss Laufen vor, wegen Mandaten neben dem etwa 70-Prozent-Pensum als Ständerat gekaufte Politiker zu sein.

Auf dem Podium und im Saal machte sich darob Unmut laut. «Nicht schon wieder», beklagte sich etwa Nik Gugger (EVP). Und schon zeigte sich das Bild, das sich durch diesen Wahlkampf zieht: einer gegen sechs. Das war am Dienstag am Podium von Radio SRF und dem «Landboten» im Casinotheater Winterthur der Fall, am Donnerstag am gleichen Ort bei «Tele Top», am Freitag in der «Arena» des Schweizer Fernsehens oder am Sonntagmorgen am Anlass sämtlicher Weinländer Parteien.

Ob der Angriff von Roger Köppel der Grund war, dass ein Mann aufstand, den Saal verliess und die Türe zuknallte? Nach den hektischen 15 Startminuten verlief das Podium die nächsten 90 Minuten nicht minder engagiert, aber geordneter. Neben Daniel Jositsch, Ruedi Noser und Roger Köppel kandidieren Tiana Moser (GLP), Marionna Schlatter (Grüne), Nicole Barandun (CVP) und Nik Gugger (EVP).

## «Problematische Technologie»

Erstes Thema war das Atomülllager; das Weinland ist eines der drei möglichen Standorte, wo das Material für eine Million Jahre im Untergrund eingeschlossen werden könnte. Nik Gugger sorgt sich um den Transport des



**Szenen eines Podiums:** Bild links: Roger Köppel (r.) greift Daniel Jositsch an, dieser blickt säuerlich, Tiana Moser schaut weg. Derweil (Bild rechts) bemerkt Nik Gugger (r.) zu Marionna Schlatter, dass schon wieder 15 Minuten über das gleiche geredet wird. Und Ruedi Noser und Nicole Barandun fragen sich, was das soll. Bilder: spa

hochgiftigen Materials aus dem Zwischenlager zum Endlager. Daniel Jositsch darum, wie das Wissen über den gefährlichen Müll im Untergrund über Generationen weitergegeben wird.

Roger Köppel sprach von einer problematischen Technologie, die jedoch auch Vorteile habe: Sie bringe viel Energie und setze kein CO<sub>2</sub> frei – aber eben, der Abfall. Für diesen sei die Geologie entscheidend, und die Entschädigung für die Region müsse grosszügig sein.

Für Tiana Moser ist bei der Bevölkerung die Sorge um die Risiken wohl grösser als die Aussicht auf mögliche Arbeitsplätze. Ähnlich äusserte sich Marionna Schlatter. Man müsse weg kommen von der Illusion, dass ein solches Lager sicher sein könne. «Wir haben es nicht im Griff.» Nicole Barandun sprach die Rückholbarkeit an. Vielleicht gebe es dereinst bessere Möglichkeiten, mit dem Abfall umzugehen, als ihn einzuschliessen.

Ruedi Noser sagte, das Material sei Energie, «vielleicht kann man das nutzen». Man solle versuchen, den Atomausstieg 2050 mit alternativen Energien zu erreichen, wozu es ein Netz und Speicher brauche. Vielleicht müssten AKWs aber 30 oder 50 Jahre länger weiterbetrieben werden. Und wenn Zürich nebst

dem Flughafen auch die Last Endlager für das Land trage, müsse das Bern etwas wert sein. Und auf jeden Fall müsse der Entsorgungsfonds geöffnet sein, wenn die Kraftwerke ausser Betrieb gingen. Zurzeit sei der Fonds noch sehr tief.

Zum Ausstieg aus der Atomenergie fehlt Marionna Schlatter der politische Konsens über die Dringlichkeit. Es würden lieber 6 Milliarden in Kampfflugzeuge und 5 Milliarden in Strassen gesteckt. Daniel Jositsch widersprach. Von links bis rechts bestehe ein breiter Konsens für das Klimaziel. Fakt sei aber auch, dass Sicherheit auf der Welt eine Rolle spiele. «Wir haben und brauchen eine Armee und müssen sie ausrüsten», ohne aber die Klimaziele ausser acht zu lassen. Es gehe darum, für Lösungen Mehrheiten zu finden.

## Ein Vertrag auch mit Vorteilen

Beim Thema Verhältnis zur EU waren die Fronten klar sechs zu eins. Daniel Jositsch verglich das Rahmenabkommen mit einer Brücke zwischen zwei schwimmenden Inseln, die nachjustiert werden müsse. Nicht alles sei gut, aber auch nicht alles schlecht. Ruedi Noser sagte, die Schweiz brauche den Zugang zum europäischen Markt, das sei machtscheidend und habe einen Preis.

«Wenn du 100 Prozent Grenzen hast mit einem Nachbarn, dann ist eine Mauer zu bauen kein guter Weg.» Zweimal habe die Schweiz internationale Verträge abgelehnt und applaudiert – das Luftverkehrsabkommen mit Deutschland und den Freihandelsvertrag mit den USA hätte man heute gerne.

Für Roger Köppel stellten die beiden Ständeräte das Rahmenabkommen verarmlosend und falsch dar. Der Kanton Zürich würde zu einem Untertanenstaat und die Schweiz zu einem Passivmitglied der EU. Diese habe schon 2008 gesagt, der bilaterale Weg sei vorbei. Wenn schon, solle die EU die Regeln der Schweiz übernehmen.

«Unsere Lebensrealität ist vernetzt», entgegnete Tiana Moser. Menschen und Güter bewegten sich, die bilateralen Verträge seien massgeschneiderte Lösungen für die Schweiz und müssten auf einen aktuellen Stand gebracht werden. Nik Gugger verglich das Rahmenabkommen mit einem Update für ein Handy und Marionna Schlatter sagte, Europa habe 75 Jahre Frieden gebracht und sei der wichtigste Handelspartner.

## «Herrliberg bezahlt»

In der Fragerunde waren erneut Verhandlungen im Milizsystem Thema.

Diese störten ihn auch innerhalb der SVP, sagte Roger Köppel. Daniel Jositsch erklärte abermals, es handle sich bei ihm um die Offenlegung von Interessensbindungen und nicht um Mandate. Wie viel ihm dies finanziell einbringe, müsse er nicht sagen. In einem Milizsystem gingen Politiker, anders als in Berufsparlamenten, bezahlten Arbeiten nach. Ruedi Noser hat als Ständerat die Führung seiner international tätigen Firma abgegeben und eine Lohnbusse (vorher 300 000 Franken) in Kauf nehmen müssen. Zur Transparenz bei der Parteienfinanzierung sagte Roger Köppel, die Wahlwerbung der SVP werde «in Herrliberg» bezahlt, von Christoph Blocher und Walter Frey.

Und schliesslich «schwurbelten» die beiden grünen Frauen Tiana Moser und Marionna Schlatter bei einer Frage zur CO<sub>2</sub>-Abgabe, warum diese weh tun müsse. Beide redeten, sagten aber nichts, schon gar nicht über die Höhe der Abgabe. «Eine richtige Politikerantwort», fasste Ruedi Noser zusammen. (spa)

Am 20. Oktober entscheidet das Stimmvolk, wer Zürich die nächsten vier Jahre im Ständerat vertritt. Zürich hat in dieser sogenannten kleinen Kammer wie alle anderen Kantone zwei Sitze (Halbkantone 1 Sitz).

## SVP-Kandidaten am «Fiirabig bim Gwerb»

**MARTHALEN** Wenn die SVP zum «Fiirabig bim Gwärb» lädt, gehts auch um die Berufsbildung. Es sprachen fünf Männer, die ins Bundeshaus wollen – einer fragte sich, wie dort 61 Jugendliche einfach so hineinkamen.

In seinem Metallbau-Betrieb in Marthalen bot Paul Mayer am Donnerstag auch Konrad Langhart, Jürg Sulser, Martin Zuber und Bruno Walliser, dem einzigen Bisherigen, eine Plattform. Die Gesprächsleitung oblag dem lokalen Wahlkampfleiter Michael Trachsel, Gemeinderat in Feuerthalen.

«Fiirabig bim Gwärb» hiess der Anlass. Kaminfegermeister Bruno Walliser, SVP-Nationalrat aus Uster, sorgt sich um die Berufsbildung. «In den Kantonen Zürich und Schaffhausen haben im Sommer noch vier Jugendliche die Lehre als Kaminfeger begonnen.» Der Wiederwahlkandidierende (Listenplatz 7) ist ein Verfechter des dualen Bildungswegs, aber leider verliere die Berufslehre an Bedeutung. Zu unrecht: Handwerk habe einen goldenen Boden, sagte er.

Sorgen macht ihm auch das Bevölkerungswachstum. «Wollen wir wirklich



**V.l.:** Unter der Leitung von Michael Trachsel sprachen die Nationalratskandidaten Paul Mayer, Bruno Walliser, Jürg Sulser und Konrad Langhart. Bild: romü

eine Schweiz mit zehn Millionen Einwohnern 2050 mit den damit verbundenen negativen Folgen?» Er nicht. Er will die Zuwanderung selber entsprechend dem Bedarf an Fach- und Arbeitskräften steuern. Geärgert hat ihn, dass jüngst 61 Jugendliche das Parlament stürmen konnten. Am Vortag habe er im Bundeshaus seine SVP-Sektion empfangen, die sich einer Zutrittskontrolle un-

terziehen musste. «Ich frage mich, wie es diesen 61 Jugendlichen einfach gelingen konnte, angeblich unkontrolliert ins Bundeshaus zu gelangen.»

Ins Bundeshaus will auch Konrad Langhart (Stammheim). Er geht auf Listenplatz 16 ins Rennen und sieht zahlreiche Verbindungspunkte zwischen der Landwirtschaft und dem Gewerbe. Viele Aufträge aus der Land-

wirtschaft gingen in das örtliche und lokale Gewerbe, sagte er.

Der gastgebende Betrieb, der von Paul Mayer geführt wird, bildet in vier Berufen sechs bis zehn Lernende aus. Nebst dem steigenden administrativen Aufwand für den Staat sieht er sich täglich mit neuen Vorschriften rund um die Auszubildenden konfrontiert, was nicht förderlich sei. Zugleich stehe seine Branche mit Blick auf die Konkurrenzfähigkeit mit dem Rücken zur Wand. «Viele Betriebe im Metallbereich verlagern ihre Produktion aus Kostengründen in osteuropäische Staaten», sagte Paul Mayer (Listenplatz 30).

Nach 40 Jahren Politik, unter anderem Gemeindepräsident in Waltalingen und Kantonsrat, kandidiert Martin Zuber (Guntalingen) auf der Liste Ü55 der SVP. Ihm liegt die Sicherheit am Herzen, die nicht mehr gewährleistet sei. «Wir brauchen eine glaubwürdige Armee und Polizei und ein glaubwürdiges Grenzschutzkorps, damit unsere Sicherheit gewährleistet ist.»

Der Otelfinger Kantonsrat Jürg Sulser (Listenplatz 14) führt ein Unternehmen mit rund 200 Mitarbeitern an sieben Standorten. Er setzt sich entsprechend für das Gewerbe mit wertvollen Ausbildungs- und Arbeitsplät-

zen ein. «Wir müssen alles daran setzen, die Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu erhalten oder gar neue zu schaffen.» Mit Blick auf die steigenden Ausgaben der öffentlichen Hand sagte er, dass das Geld zuerst in den Betrieben verdient werden müsse, bevor es ausgegeben werden könne. (romü)

## ANZEIGE